

Milchquote: Einstieg in den Ausstieg

Von Dr. Wilhelm Priesmeier, MdB

Die Milchquotenregelung – ein gescheitertes System

Der Milchsektor nimmt innerhalb der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft eine herausragende Stellung ein: Die Bundesrepublik ist der größte Milchproduzent innerhalb der Europäischen Union, weltweit die Nummer fünf. An der Milch hängen in hohem Maße Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in den ländlichen Regionen.

Seit 1984 unterliegt die Milcherzeugung in der Europäischen Union dem Quotensystem. Dieses hat alle ihm zugrunde liegenden Zielsetzungen deutlich verfehlt: Die Überproduktion von 20 Prozent wurde nicht gesenkt; weder sind die Einkünfte der Milchproduzenten auf ein auskömmliches Maß angewachsen, noch wurde der in allen Bereichen der Landwirtschaft stattfindende langfristige Strukturwandel konstruktiv flankiert.

Stattdessen wird in Deutschland jeder Milchproduzent unzumutbar belastet: Auf jedes Kilogramm abgelieferter Milch entfallen drei bis dreieinhalb Cent reine Quotenkosten, mithin mehr als zehn Prozent des Erlöses. Auf die Jahresproduktion bezogen ergibt dies eine Gesamtsumme von etwa 800 bis 900 Millionen Euro, die Deutschlands Milchbetrieben fehlen – nicht zuletzt bei der Anpassung an das Weltmarktniveau und den dafür notwendigen Investitionen.

Es ist evident und bedarf keiner näheren Diskussion, dass das Milchquotensystem gescheitert ist. Daher gehört es abgeschafft. Es stellt sich nicht die Frage des „Ob?“, es muss über das „Wann?“ und vor allem das „Wie?“ zu sprechen sein.

Politische Weichenstellungen jetzt!

Verantwortungsvolle Politik schuldet allen Wirtschaftsbeteiligten langfristige Planungs- und Investitionssicherheit. Spätestens mit der 2008 anstehenden „Gesundheitsüberprüfung“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist ein Ausstiegskorridor aus der Quote verbindlich zu vereinbaren. Die wichtigste Wegmarke ist das Jahr 2013, nach dem die Exporterstattungen wegfallen und aller Voraussicht nach auch die aktuellen WTO-Verhandlungen endlich abgeschlossen sein werden. Hinter die hier bereits gemachten Zugeständnisse kann und wird es kein Zurück geben.

Es ist Aufgabe der Politik, frühzeitig Instrumentarien für die Gestaltung und Flankierung des Quotenausstiegs unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen

Raums festzulegen. Es gilt, den Ausstieg aus der Quote vorzubereiten und die Bedingungen zu definieren.

Gleitflug statt Absturz

Eine schrittweise Absenkung der Superabgabe ist geeignet, um einen allmählichen gleitenden Abschied von der Milchquote zu nehmen. Expandierende Betriebe würden auf ihrem Weg hin zur Wettbewerbsfähigkeit unter Weltmarktbedingungen zunehmend entlastet, die obsolet gewordene Quote allmählich bis zur Bedeutungslosigkeit entwertet und damit faktisch beseitigt. Zudem böte diese Vorgehensweise die Möglichkeit, den faktischen Ausstieg aus der Quote flexibel zu gestalten und bei anhaltend guter Preissituation auf dem Weltmarkt bereits deutlich vor 2015 zu vollziehen.

Parallel hierzu muss der Quotenhandel flexibler gestaltet werden: Das bevorstehende Zusammenlegen der Quoten-Handelsgebiete und damit die Aufgabe der kleinräumigen Übertragungsregionen sind richtige Schritte. Das System der Milchquotenbörse muss jedoch noch weiter flexibilisiert werden. So sind das Preisfindungsverfahren durch die Abschaffung des Preiskorridors zu vereinfachen und der Handel zu verstetigen, um damit den Betrieben kurzfristige Anpassungen zu ermöglichen. Beides führt zu einer Belebung des Quotenmarkts und erleichtert das Wachstum der Betriebe.

Alle anderen diskutierten Instrumente, beispielsweise eine transnationale Saldierung, ein Quotenhandel über Staatsgrenzen hinweg oder eine Aufstockung der Quote sind wegen des damit verbundenen immensen Bürokratieaufwandes und den zwangsläufig auf Brüsseler Ebene entstehenden politischen Streitigkeiten abzulehnen.

Strukturwandel verantwortungsvoll begleiten

Der Ausstieg aus der Quotenregelung wird zu einem verstärkten Strukturwandel führen. In einigen Regionen wird es eine spürbare Verminderung der Milchviehhaltung geben. Eine weitgehend flächendeckende Bewirtschaftung insbesondere in benachteiligten Gebieten ist jedoch gesellschaftlich gewollt. Daher bedarf es der Begleitung durch Programme zur ländlichen Entwicklung. Auch muss die Gebietskulisse für die Ausgleichszulage angepasst werden.

Gerade an Grenzertragsstandorten bietet zudem die Produktion von Bio-Milch gute Perspektiven. Hier gilt es, die Umstellung zu fördern, um bereits bestehende Betriebe zu erhalten und sie fit für den Milchmarkt der Zukunft zu machen.

Unser besonderes Augenmerk verdient in diesem Zusammenhang auch die Honorierung öffentlicher Güter. Das bedeutet beispielsweise, dass die Landwirte in Regionen, aus denen sich die Milchkuhhaltung zurückzieht, die bestehenden Grünlandstandorte erhalten und durch extensive Bewirtschaftung die Biodiversität erhalten und sichern können. Eine solche gesellschaftlich erwünschte Dienstleistung kann durchaus zu einem durch Marktmechanismen entstehenden Preis honoriert werden.

Doch auch die zukunftsorientierten expandierenden Milchproduzenten brauchen Hilfe. Innerhalb der EU bedarf es gleicher Wettbewerbsbedingungen. Hier ist darüber nachzudenken, die Top-Ups über das Jahr 2010 hinaus bei diesen Betrieben zu belassen. Vielfach wird zudem der Weg hin zu einer Wettbewerbsfähigkeit an den internationalen Märkten einen hohen Bedarf an Investitionen mit sich bringen. Hier sind befristete Programme zur Investitionsförderung zu diskutieren. Als Instrument bieten sich staatlich garantierte Ausfallbürgschaften an – sie bieten gegenüber unmittelbaren Finanzhilfen bessere Perspektiven, dass die eingesetzten Mittel nachhaltige strukturelle Wirkungen zeitigen. Auch werden so keine Dauersubventionstatbestände etabliert.

Der Fortfall der Quote wird die Strukturen des Milchmarktes grundlegend verändern. Die hierdurch zwangsläufig entstehenden Kosten dürfen nicht über niedrigere Auszahlungspreise den Landwirten aufgebürdet werden. Angesichts regionaler Nachfragemonopole ist die Marktposition der Milcherzeuger zu stärken. In diesem Zusammenhang sind Mechanismen einer fairen Preisbildung wie Milchbörsen oder Erzeugerzusammenschlüsse zu fördern.

Durch die Liberalisierung des Milchsektors würden im Haushalt der EU Gelder in einer Größenordnung von 850 Millionen Euro im Jahr eingespart. Zudem wären zur Finanzierung der Begleitmaßnahmen Gelder aus der Modulation der Direktzahlungen heranzuziehen. Die GAK muss entsprechend ausgerichtet werden.

Milchpolitik ist Strukturpolitik

Sozialdemokratische Politik ist Politik für die Menschen. Ein frühzeitig beschlossener und umsichtig begleiteter Ausstieg aus der Milchquotenregelung ist ein wichtiger Schritt zur marktorientierten und zukunftsfähigen Landwirtschaft. Es gilt, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen zu halten und zu fördern und die regionsspezifischen Kulturlandschaften auch für kommende Generationen zu erhalten.